



Berichte des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention

Effekte von Maßnahmen und Ansätzen zur Prävention von Rechtsextremismus

Systematische Übersichtsarbeit zu den Methoden und Ergebnissen von Studien zur Evaluation von Präventionsansätzen

Olga Schmidt | Marcus Kober | Davis Adewuyi

Effekte von Maßnahmen und Ansätzen zur Prävention von Rechtsextremismus

Systematische Übersichtsarbeit zu den Methoden und Ergebnissen von Studien zur Evaluation von Präventionsansätzen

Olga Schmidt | Marcus Kober | Davis Adewuyi

Impressum

Herausgeber

Nationales Zentrum Kriminalprävention
c/o Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
Graurheindorfer Str. 198, 53117 Bonn
Mail: nzk@bmi.bund.de
www.nzkrim.de

Redaktion

Elaine Holzinger, Marcus Kober, Davis Adewuyi

Titelbild

„Die Wölfe sind zurück?“ Kunst gegen Hass und Gewalt. Wanderausstellung des Künstlers Rainer Opolka. Washingtonplatz, Berlin. 2018

(Foto: Rainer Steußloff)

Verlagsort

Bonn, Deutschland

ISSN (Print): 2567-6008

ISSN (Online): 2567-6016

Erscheinungsjahr: 2019



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-ND): Namensnennung - Nicht-kommerziell - Keine Bearbeitung.

Das NZK ist eine Arbeitsstelle am Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK).

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

Inhalt

Vorbemerkung	6
Kurzfassung	6
1. Einleitung	7
2. Methode der Recherche und Untersuchung	12
3. Ergebnisse	15
4. Ausblick	26
Anmerkungen	29
Literatur	31
In der Übersichtsarbeit berücksichtigte Evaluationen	35

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick zu Ergebnissen aus Evaluationen von Maßnahmen der selektiven und indizierten Prävention von Rechtsextremismus in Deutschland.¹ Ziel des Berichts ist es, den Kenntnisstand zur kriminalpräventiven Wirksamkeit entsprechender Ansätze und Maßnahmen kritisch zu reflektieren. Dazu werden die berücksichtigten Evaluationsstudien anhand eines Kriterienkatalogs hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen Güte bewertet. Mangels Wirkungsevaluationen im Bereich täterbezogener Ansätze der Rechtsextremismusprävention wurden in dieser Überblicksarbeit auch Prozessevaluationen einbezogen. Auf dieser Basis sind zwar keine Aussagen zur Wirksamkeit einer Maßnahme möglich, ihre Berücksichtigung vermittelt jedoch relevante Informationen zur Evaluations- und Präventionspraxis. Nähere Informationen zu Untersuchungsdesigns und Ergebnissen einzelner Evaluationen finden sich im Onlineportal für wissenschaftliche Erkenntnisse zu Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen durch Evaluation (WESPE).² Die von uns vorgenommenen Einschätzungen zur Belastbarkeit der Evaluationsbefunde stellen ausdrücklich keine Bewertung der allgemeinen wissenschaftlichen oder sonstigen Qualität der ausgewerteten Studien dar.

Kurzfassung

Im Verlauf der letzten 25 Jahre hat sich in Deutschland die Arbeit im Feld der Rechtsextremismusprävention in verschiedene Ansätze differenziert und auf vielfältige Zielgruppen und Arbeitsfelder ausgeweitet. Die Rechtsextremismusprävention stellt insgesamt das größte Handlungsfeld in der Extremismusprävention dar. Dennoch besteht bis jetzt ein erheblicher Mangel an wissenschaftlich belastbaren Evaluationsstudien. Diese Überblicksarbeit fasst die Ergebnisse von zwölf Evaluationen zu insgesamt 23 Maßnahmen der selektiven und indizierten Prävention von Rechtsextremismus systematisch zusammen. Dazu zählen Maßnahmen der Aufsuchenden Arbeit, Ausstiegshilfen, Deradikalisierung, Multiplikatorenschulungen sowie Soziale Trainingskurse. Die überwiegende Anzahl von Evaluationen ist als Prozessevaluationen angelegt. Nur in einem Fall handelte es sich um eine Wirkungsevaluation. In der Überblicksarbeit wird deshalb, aufbauend auf einer kritischen Reflexion bisheriger Evaluationen, auf aktuelle Erkenntnislücken und Möglichkeiten von Evaluationsforschung hingewiesen. Soll die Entwicklung und Qualitätssicherung von Maßnahmen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen, ist zukünftig ein verstärkter Dialog von Evaluationsforschung und Präventionspraxis notwendig.

1. Einleitung

Aktuelle Herausforderungen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus

Als Reaktion auf den Problemdruck der Nachwendejahre im Zusammenhang mit rechtsextremen Gewaltausschreitungen hat sich in den letzten 25 Jahren eine breite Förderlandschaft aus Bundes-, Landes- und kommunalen Initiativen zur Rechtsextremismusprävention entwickelt (vgl. Möller 2002, Roth 2003, Schmidtcke 2016 mit Übersichten staatlicher Präventionsprogramme). Seit geraumer Zeit wird über die Wirksamkeit dieser Initiativen diskutiert (von Berg & Roth 2003, Frindte & Preiser 2007, Scherr 2014). Denn trotz einer Ausweitung der Förderung von Präventionsprogrammen gegen Rechtsextremismus (Deutscher Bundestag 2018) besitzt das Thema nach wie vor eine hohe gesellschaftliche Relevanz.

Einfluss auf die gesellschaftliche Problemwahrnehmung hatten in den letzten Jahren insbesondere das Bekanntwerden des Nationalsozialistischen Untergrunds, Phänomene wie die „Identitäre Bewegung“, Reichsbürger oder Selbstverwalter, das Agieren der Neuen Rechten, (gewalttätige) Demonstrationen etwa in Chemnitz oder Köthen, das Erstarken rechtspopulistischer Parteien sowie rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten, wie jüngst der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke.

Laut Verfassungsschutzbericht ist die Zahl rechtsextremistischer Gewaltstraftaten³ 2018, nach einem deutlichen Rückgang (34,1 %) im Jahr 2017, wieder um 3,2 % auf 1.088 (2017: 1.054) angestiegen. Den größten Anteil machten dabei in 75,5 % der Fälle fremdenfeindliche Gewalttaten aus (BMI 2019, S. 51). Seit 2014 ist ein anhaltend steigender Trend in der Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene zu beobachten (BMI 2015, 2016, 2017), was das Bundesamt für Verfassungsschutz am hohen Anteil gewaltorientierter Rechtsextremisten sowie an regelmäßigen Waffenfunden bei Rechtsextremisten festmacht (BMI 2018, S. 52). Der Verfassungsschutz schätzt das rechtsextremistische Personenpotenzial für 2018 bundesweit auf insgesamt 24.100 Personen. Davon wird etwa die Hälfte (12.700) als potentiell gewaltorientiert eingestuft (BMI 2019, S. 50). Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes darf die im Vorjahr gesunkene Anzahl an Gewalttaten nicht über das anhaltend hohe Gefährdungspotential durch Rechtsextremismus hinwegtäuschen (BMI 2018, S. 53).

Auch regelmäßig durchgeführte repräsentative Befragungen zu rechtsextremen Einstellungen⁴ in der deutschen Bevölkerung deuten Rechtsextremismus als ein aktuelles gesellschaftliches Problem (Heitmeyer 2002-2012, Decker et al. 2018). Nach Ergebnissen einer jüngst veröffentlichten Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland liegt der Bevölkerungsanteil mit rechtsextremen Einstellungen bei 2 bis 3 % (Zick et al. 2019, S. 142). Ein wesentlich größerer Teil der Bevölkerung stimmt zumindest einzelnen Dimensionen eines rechtsextremen Einstellungsmusters zu. Der Leipziger Autoritarismus-Studie zufolge akzeptierte 2018 etwa ein Drittel der Deutschen ausländischerfeindliche Aussagen, was nach Einschätzung der Autoren als eine „Einstiegsdroge“ in den Rechtsextremismus zu bewerten sei (Decker et al. 2018, S. 77). Extremistische Einstellungen in der Bevölkerung stellen zudem eine Gefahr dar, wenn sie sich zu einem

Sympathiepotential verdichten, hinter dem gewalttätige Extremisten Rückendeckung und Akzeptanz vermuten können (Jaschke 2006, S. 128). Fragen nach wirksamen Strategien der Intervention und Prävention von Rechtsextremismus bleiben damit auch weiterhin relevant.

Begriffsbestimmungen

In der Wissenschaft hat sich bis heute keine einheitliche Rechtsextremismusdefinition durchsetzen können (Frindte et al. 2016, S. 86). Während amtliche bzw. polizeiliche Definitionen die Verhaltensebene betonen, fokussieren sozialwissenschaftliche Definitionen⁵ vor allem die Einstellungsebene (Stöss 2000, S. 19 f.). Von der zugrunde gelegten Definition und den damit verbundenen Erklärungsansätzen ist jedoch abhängig, welche Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus überhaupt als notwendig erachtet werden und ob der Fokus auf die Veränderung von Rahmenbedingungen, auf Einstellungen oder auf individuelles Handeln gerichtet werden soll (Salzborn 2018, S.137). Aufgrund der Vielschichtigkeit des Phänomens empfiehlt sich daher eine Definition, die sowohl die Handlungs- als auch die Einstellungsebene in den Blick nimmt. Beelmann (2017) formuliert eine psychologische Arbeitsdefinition, die Verhaltens- und Einstellungsebene integriert und daher als praxisrelevante Definition der Überblicksarbeit zugrunde gelegt wird. Demnach können unter Rechtsextremismus Einstellungen und Handlungen verstanden werden, die durch folgende Kernelemente gekennzeichnet sind: (1) ausgeprägte Vorurteilsstrukturen mit Schwerpunkt im Ethnozentrismus, (2) Wahrnehmung von Ungerechtigkeit oder Benachteiligung, (3) politische Einstellungen gegen Demokratie und Menschenrechte sowie (4) politisch motivierte Gewaltaffinität, Gewaltbereitschaft und Gewalthandeln (S. 9 ff.). Aufgabe der Präventionsarbeit ist es, die genannten Ausprägungen so zu beeinflussen, dass rechtsextreme Einstellungen und Handlungen auf individueller Ebene verhindert oder aber ihre strukturellen Ursachen im Hinblick auf Risiko- und Schutzfaktoren beeinflusst werden können (ebd., S. 12).

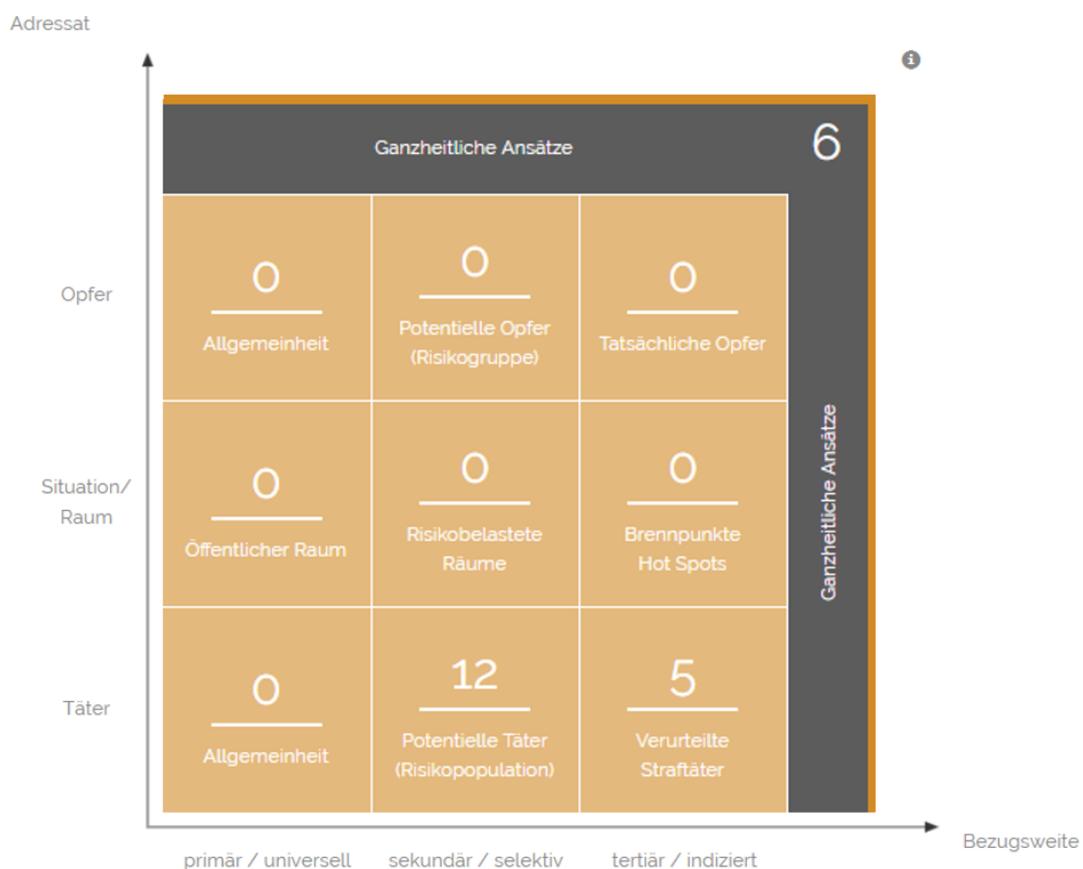
Differenzierung und Verortung der evaluierten Ansätze und Maßnahmen

Der vorliegende Bericht fokussiert primär die Frage, ob sich Maßnahmen der Rechtsextremismusprävention als wirksam erweisen, Kriminalität zu verhindern. Weil nicht alle Maßnahmen zur Rechtsextremismusprävention kriminalpräventive Zielsetzungen verfolgen, muss der Präventionsbegriff näher eingegrenzt werden. Hier wird deshalb unterschieden, ob Maßnahmen den Schwerpunkt ihrer Wirkungsziele auf (Demokratie-)Förderung oder (Kriminal-)Prävention legen (Johansson 2012). Während „Prävention“ die Verhinderung negativer Entwicklungen, im Sinne der Verhinderung von Kriminalität beschreibt, meint „Förderung“ in diesem Zusammenhang alle Maßnahmen, die der Entwicklung in Richtung selbstbestimmter Lebensentwürfe dienen (Schuhmacher 2018, S. 160). Maßnahmen aus dem letztgenannten Bereich zielen etwa darauf ab, das demokratische Normverständnis oder die interkulturelle Toleranz zu fördern. Diese Ansätze unterstellen jedoch keinen direkten Zusammenhang zwischen demokratischem Normverständnis oder interkultureller Toleranz und politisch motivierter Kriminalität. Den Gegenstand der Untersuchung bilden hier deshalb täterbezogene Präventionsmaßnahmen, die sich in selektive und indizierte Ansätze differenzieren lassen (Gordon 1983). Die selektive Prävention

beschreibt dabei das Handlungsfeld sozialer Interventionen nach Feststellung tatgeneigter Personen, sogenannter Risikogruppen. Indizierte Prävention folgt einer reaktiven Logik und zielt auf die Behandlung radikalisierter Personen ab. Dies kann Maßnahmen zur Deradikalisierung, Distanzierung, Demobilisierung oder (Re-)Integration einschließen.⁶

In Abhängigkeit von dem Adressatenkreis und der Bezugsweite der Präventionsmaßnahme können insgesamt zehn verschiedene Sektoren der Kriminalprävention unterschieden werden (siehe Abbildung 1). Die in dieser Arbeit berücksichtigten Maßnahmen lassen sich in drei dieser Sektoren verorten. Zwölf Maßnahmen sind der sekundären bzw. selektiven Prävention zuzuordnen. Fünf Projekte fallen in den Bereich der tertiären bzw. indizierten Prävention. Sechs weitere Projekte lassen sich darüber hinaus als ganzheitliche Ansätze beschreiben. Diese Zuordnung erfolgt, wenn sich die Bezugsweite oder der Adressatenkreis über mindestens zwei Sektoren erstreckt (hierunter fallen im Einzelnen eine Maßnahme mit universell-selektiver Bezugsweite sowie drei selektiv-indiziert und zwei übergreifend universell-indiziert ausgerichtete Maßnahmen).

Abbildung 1: Verteilung von 23 evaluierten Maßnahmen der Rechtsextremismusprävention in den Sektoren der Kriminalprävention.



Sowohl zivilgesellschaftliche als auch staatliche Träger bieten Maßnahmen der selektiven oder indizierten Rechtsextremismusprävention an. Insgesamt überwiegen in diesen Präventionsbereichen Fachkräfte aus erzieherischen Berufen, dabei vor allem aus dem Bereich der Sozialen Arbeit und der Sozialpädagogik. Daneben sind Berufsgruppen aus den Feldern des Verfassungsschutzes und der Bewährungshilfe vertreten. Die Arbeitsfelder, in denen Maßnahmen zur selektiven und indizierten Prävention umgesetzt werden, sind vielfältig (beispielsweise Ausbildungsbetriebe, Schule, Freizeiteinrichtungen, Jugendstrafvollzug). Innerhalb der einzelnen Arbeitsfelder stellen die Maßnahmen üblicherweise keine Regelleistungen dar, sondern werden häufig aus zeitlich befristeten Programmen zur Extremismusprävention und Modellprojektförderung finanziert.

Die 23 Einzelmaßnahmen sind fünf zugrunde liegenden allgemeinen Präventionsansätzen zuzuordnen. Dies sind Aufsuchende Arbeit (1), Ausstiegshilfe (16), Deradikalisierung (2), Multiplikatoren-schulung (2) und Soziale Trainingskurse (2) (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Überblick der berücksichtigten Maßnahmen nach Präventionsansatz

Präventionsansatz	Bezeichnung der Maßnahme
Aufsuchende Arbeit	Distanz(-ierung) durch Integration
Ausstiegshilfe	APR NRW
	Projekt Ausstieg durch Arbeit (AdA)* ⁷
	Projekt hercules pro*
	Projekt ISA – Integration statt Ausgrenzung*
	Projekt JUMP Elze*
	Projekt JUMP Waren*
	Projekt Neue Lebenswege*
	Projekt NinA*
	Projekt Raus aus der Einbahnstraße*
	Projekt Richtungswechsel*
	Projekt Rote Linie*
	Projekt Rückwege*

	Projekt Seitenwechsel*
	Projekt Szenenwechsel*
	Thüringer Beratungsdienst*
	Projekt TIP – Teilnehmen, Integrieren, Partizipieren!*
Deradikalisierung	VPN – Trainingskurse im Jugendstrafvollzug
	VPN – Trainingskurse im Jugendstrafvollzug mit Stabilisierungscoaching
Multiplikatoren-schulung	Komment MentorInnenqualifizierung
	Projekt RexEL
Sozialer Trainingskurs	CAT – Creative and Active Training
	Thüringer Trainings- und Bildungsprogramm

Relevanz der vorliegenden Überblicksarbeit

Der Bericht wendet sich an Praktiker, Wissenschaftler und politische Entscheidungsträger sowie an andere interessierte Zielgruppen und ermöglicht einen Überblick zum Forschungsstand der Evaluationspraxis im Bereich der täterbezogenen Rechtsextremismusprävention. Die Untersuchung stellt dabei die erste Bestandsaufnahme in Deutschland dar, die die Evaluationspraxis in diesem Präventionsfeld anhand von wissenschaftlichen Gütekriterien systematisch in den Blick nimmt. Ihre Erkenntnisse sollen der theoretischen und empirischen Fundierung sowie der Weiterentwicklung der Evaluationspraxis und Präventionsarbeit dienen.

2. Methode der Recherche und Untersuchung

Einschlusskriterien

Zur Anfertigung der systematischen Übersichtsarbeit wurden Primärstudien und Evaluationsberichte mit folgenden Einschlusskriterien gesucht:

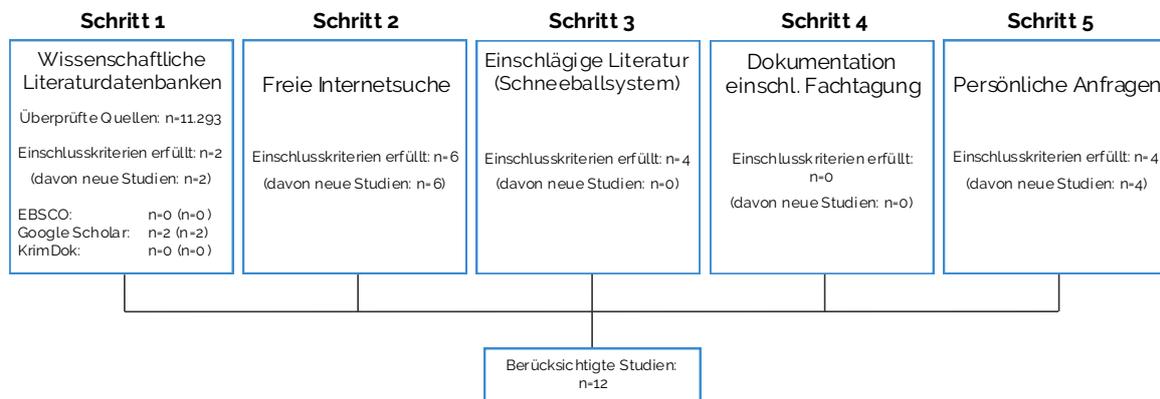
- Inhalt: Evaluation einer Maßnahme oder eines Projekts zur Rechtsextremismusprävention
- Zielgruppe: Risiko- und Tätergruppen
- Standort: Deutschland

Datenquellen und Literaturrecherche

Der Mangel an öffentlich zugänglichen bzw. aussagekräftigen Evaluationen im Bereich der Rechtsextremismusprävention ist in Fachkreisen weithin bekannt (Möller 2003, Rieker 2009, Aumüller 2014). Evaluationen von Bundes- und Landesprogrammen zur Rechtsextremismusprävention können dieses Evaluationsvakuum nicht füllen, denn sie beziehen sich in der Regel auf Steuerungsaspekte von Förderprogrammen. Programmevaluationen aggregieren zudem ganz unterschiedliche Gegenstandsbereiche der Rechtsextremismusprävention, was zu einer analytischen Vermengung unterschiedlicher Präventionsansätze führen kann (Aumüller 2014, S. 146). Damit schaffen Programmevaluationen oftmals keine ausreichende Grundlage zur Bewertung gelingender oder problematischer Präventionsarbeit in konkreten Projekten.⁸

Ziel war es Evaluationen aufzuspüren, die Hinweise zu kriminalpräventiven Effekten beinhalten. Dabei wurden auch unveröffentlichte Studien und Berichte berücksichtigt. Die Recherche in wissenschaftlichen Datenbanken, durch freie Internetsuche und in einschlägiger Literatur ergab acht relevante Evaluationsstudien (s. Abbildung 2). Durch aktive Anfragen bei Wissenschaftlern, Evaluationsinstituten und Trägern konnten zudem vier bisher unveröffentlichte Studien einbezogen werden.⁹ Die Forschungssynthese basiert somit insgesamt auf einem Datensatz von zwölf Evaluationsstudien, in denen 23 Maßnahmen behandelt werden.¹⁰ Bei allen Evaluationen handelt es sich um „graue Literatur“, die nicht in wissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht wurde. Dies könnte auch damit zusammenhängen, dass die Methodik einiger Studien den Anforderungen des wissenschaftlichen Begutachtungsprozesses, der bei Fachzeitschriften üblich ist, nicht entspricht. Ein wesentlicher Teil der ermittelten Evaluationen (n = 4) war darüber hinaus nicht frei zugänglich.

Abbildung 2: Auswahlsschritte



Zusammenfassung der Suchergebnisse

Abhängig von ihrer Funktion lassen sich idealtypisch verschiedene Arten von Evaluationen unterscheiden. Prozessevaluationen konzentrieren sich auf die internen Dynamiken sowie aktuellen Umsetzungen einer Maßnahme und analysieren ihre Stärken und Schwächen. Ziel von Wirkungs- bzw. summativen Evaluationen ist es hingegen die Wirksamkeit und den Nutzen von Maßnahmen zu ermitteln (Univation 2004). In der Praxis sollen Evaluationen vielfach beide Funktionen in unterschiedlicher Gewichtung erfüllen. Differenzierter lassen sich insofern mit Blick auf ihre Zielsetzungen Prozessverbesserungs- und Prozessbilanzierungsevaluationen sowie entsprechend Wirkungsverbesserungs- und Wirkungsbilanzierungsevaluationen unterscheiden (Widmer 2012, S. 45). Eine solche Differenzierung ist erforderlich, weil sich Evaluationen im Folgenden nur auf Grundlage ihrer jeweiligen Zielsetzungen beurteilen lassen.

Von den in dieser Überblicksarbeit berücksichtigten zwölf Evaluationen ist lediglich eine Untersuchung als Wirkungsbilanzierung angelegt (Neumann 2005). Bei den übrigen elf Studien handelt es sich um Prozessevaluationen. Etwas weniger als die Hälfte davon (fünf von zwölf) sind maßgeblich als Prozessverbesserungsevaluationen angelegt (siehe Tabelle 2). Sie verfolgen das Ziel die Konzeption und Implementierung einer Maßnahme zu untersuchen, um damit zu deren Feinanpassung und Entwicklung beizutragen. Weitere sechs Evaluationen lassen sich als bilanzierende Prozessevaluationen bezeichnen. Sie untersuchen, meist durch Vorher-nachher-Betrachtungen, die intendierten und/oder nicht intendierten Wirkungen in den durch die Maßnahme definierten Zielgruppen und Zielstellungen.

Tabelle 2: Überblick der Evaluationstypen nach Präventionsansatz

Präventionsansatz	(Anzahl) Evaluationstypen
Aufsuchende Arbeit	(1) Prozessbilanzierung (Gulbins et al. 2007)
Ausstiegshilfe	(2) Prozessverbesserung (Aumüller & Narr 2011, Rieker 2012)
	(2) Prozessbilanzierung (Becker et al. 2014, Möller et al. 2016)
Deradikalisierung	(2) Prozessverbesserung (Lukas 2006, Lukas & Lukas 2007)
	(1) Prozessbilanzierung (Lukas 2012)
Multiplikatoren-schulung	(1) Prozessverbesserung (Palloks & Steil 2014)
	(1) Prozessbilanzierung (Möller & Neuscheler 2016)
Sozialer Trainingskurs	(1) Prozessbilanzierung (GESOMED 2004)
	(1) Wirkungsbilanzierung (Neumann 2005)

3. Ergebnisse

Übersicht zum Stand der Evaluationen

In Anbetracht der Vielzahl von Projekten und Maßnahmen sowie des langjährigen Engagements staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure im Bereich der Rechtsextremismusprävention konnte nur eine geringe Anzahl an Evaluationen ermittelt werden. Veröffentlichungen von Wirkungsuntersuchungen entsprechender Maßnahmen stellen zudem eine seltene Ausnahme dar. Auch das Bundeskriminalamt kommt in einer Bestandsaufnahme zur Extremismusprävention in Deutschland zum Ergebnis, dass zwar drei Viertel von 721 ermittelten Projekten der Prävention von Rechtsextremismus gewidmet seien (Gruber & Lützing 2017, S. 17), jedoch ein Mangel an veröffentlichten Evaluationen bestehe. Bedenkt man, dass selektive und indizierte Prävention auf die Vermeidung möglicherweise strafrechtlich relevanter Verhaltensweisen mit entsprechenden Risiken für Individuum und Gesellschaft abzielt, erscheint der Mangel an Wissen über die Wirksamkeit von Präventionsangeboten fragwürdig.

Abbildung 3 zeigt eine Übersicht der zentralen Befunde, die sich aus der Auswertung der Evaluationsstudien ergeben. Anhand der Übersicht lassen sich einzelne Einschätzungen zu Wirksamkeit, wissenschaftlicher Belastbarkeit, Übertragbarkeit, theoretischer Fundierung sowie der Anzahl von Evaluationsstudien ablesen. Darüber hinaus gibt der Evidenzindex auf einer Skala von 0 bis 100 Aufschluss über den Grad der wissenschaftlichen Güte empirischer Evaluationen von Präventionsmaßnahmen. Der Index wird anhand von neun Kriterien ermittelt, die die einzelnen Schritte einer Evaluation von der Datenerhebung bis zur Ergebnisinterpretation widerspiegeln. Die Auswertung der Evaluationsstudien kommt zu dem Ergebnis, dass in keinem Fall belastbare Aussagen zur Wirksamkeit der evaluierten Maßnahme möglich sind. Die Evidenzindizes betragen zwischen 17 und 43 (Durchschnitt 29/100).

Abbildung 3: Übersicht der zentralen Befunde aus dem Onlineportal WESPE bezogen auf Maßnahmen der selektiven und tertiären Rechtsextremismusprävention (Stand Juli 2019).

Maßnahme	Wirksamkeit	wissenschaftl. Belastbarkeit	Übertragbarkeit	Theoretische Fundierung	Anzahl Evaluationsstudien	Evidenzindex
„KOMMENT“ MentorInnen-Qualifizierung	?	██████	██████	██	1	20
CAT - Creative and Active Training	?	██████	██████	██	1	37
Distanz(-ierung) durch Integration	?	██████	██████	██	1	17
Projekt APR NRW	?	██████	██████	██	1	37
Projekt Ausstieg durch Arbeit (AdA)*	?	██████	██████	██	1	30
Projekt hercules pro*	?	██████	██████	██	1	30
Projekt ISA*	?	██████	██████	██	1	30
Projekt JUMP Elze*	?	██████	██████	██	1	30
Projekt JUMP Wären*	?	██████	██████	██	1	30
Projekt Neue Lebenswege*	?	██████	██████	██	1	30
Projekt NinA*	?	██████	██████	██	1	30
Projekt Raus aus der Einbahnstraße*	?	██████	██████	██	2	27
Projekt RexEL	?	██████	██████	██	1	20
Projekt Richtungswechsel*	?	██████	██████	██	1	30
Projekt Rote Linie*	?	██████	██████	██	1	30
Projekt Rückwege*	?	██████	██████	██	1	30
Projekt Seitenwechsel*	?	██████	██████	██	1	30
Projekt Szenenwechsel*	?	██████	██████	██	1	30
Projekt TIP*	?	██████	██████	██	1	30
Thüringer Beratungsdienst*	?	██████	██████	██	2	27
Thüringer Trainings- und Bildungsprogramm	?	██████	██████	██	1	43
VPN-Trainingskurse im Jugendstrafvollzug	?	██████	██████	██	2	33
VPN-Trainingskurse im Jugendstrafvollzug mit Stabilisierungscoaching	?	██████	██████	██	1	23

Im Folgenden werden die untersuchten Evaluationen aus drei verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Im ersten Abschnitt werden Erkenntnisse im Hinblick auf die verschiedenen Präventionsansätze vorgestellt. Es schließt sich eine Erörterung der Evaluationen vor dem Hintergrund der verwendeten Gütekriterien an. Schließlich erfolgt drittens die Betrachtung präventionspraktischer Erkenntnisse aus den Evaluationsstudien.

Ergebnisse zu Präventionsansätzen

Die untersuchten Maßnahmen der selektiven und indizierten Prävention von Rechtsextremismus lassen sich einer überschaubaren Anzahl von Angebotsformaten zuordnen. Dabei sind Ansätze der Aufsuchenden Arbeit, der Ausstiegshilfe, der Deradikalisierung, Multiplikatorenschulungen sowie Soziale Trainingskurse zu unterscheiden. Auch wenn die Vielzahl der Prozessevaluationen keine kausalen Wirkungsrückschlüsse erlaubt, bieten diese dennoch praxisrelevante Hinweise zu möglichen Effekten einzelner Präventionsansätze.

(1) Aufsuchende Arbeit (häufig auch mobile Jugendarbeit oder Streetwork genannt) ist ein niedrigschwelliger sozialraumbezogener Präventionsansatz, der sich an benachteiligte und gefährdete Jugendliche richtet. Ziel ist es, durch sozialpädagogische Betreuung rechtsextreme und menschenfeindliche Orientierungen abzubauen und damit ein Abgleiten in extremistische Szenen zu verhindern. Zur Wirksamkeit Aufsuchender Arbeit schwelen bereits seit den 90er Jahren Debatten, die sich vor allem auf die Erfahrungen aus dem ersten Bundesprogramm zur Rechtsextremismusprävention (Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG)) beziehen (Dierbach 2014). Erste outcome-bezogene Ergebnisse konnte lediglich eine Studie von Gulbins et al. (2007) liefern. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass im Rahmen einer Maßnahme der Aufsuchenden Arbeit eine Distanzierung von rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen und damit verbundenen Auffälligkeiten (z.B. Kleidung, Musik) bei Jugendlichen zu beobachten sei. Die Reduktion rechtsextremer Einstellungen erfolge jedoch nicht kurzfristig, sondern lasse sich erst nach eineinhalb bis drei Jahren feststellen. Problematische Effekte erzeuge auf Dauer die Konzentration rechtsextremer Cliquen in den Räumlichkeiten des Maßnahmenträgers. Sie habe einen negativen Effekt auf die Stabilität der Einstellungsänderungen. Jedoch lässt die Evaluation im Einzelnen offen, wie, bei wem und über welchen Zeitraum rechtsextreme oder menschenfeindliche Einstellungen gemessen wurden.

(2) Ausstiegshilfen zielen darauf ab, über individuelle Beratung eine dauerhafte Abkehr aus rechtsextremen Szene- und Orientierungszusammenhängen zu erreichen und so delinquentem Verhalten vorzubeugen. Zu Ausstiegshilfeprojekten konnten vier relevante Studien recherchiert werden, von denen zwei Zielgruppenuntersuchungen darstellen. Beide Studien kommen dabei zu dem Ergebnis, dass die entsprechenden Maßnahmen Ausstiegsprozesse aus der rechtsextremen Szene befördern können. Möller et al. (2015) weisen darüber hinaus eine hohe Bewährungsrate bei den aus dem Programm entlassenen Teilnehmern nach (94 % bzw. 23 Personen). Becker et al. (2014) untersuchten im Rahmen des Bundesprogramms „XENOS Ausstieg zum Einstieg“ zudem 15 weitere Ausstiegshilfeprojekte. Die zivilgesellschaftlichen Projekte konnten zwischen 2009 und 2014 insgesamt 566 Personen erreichen. In ca. 66 % (374 Personen)

der Fälle ist der Untersuchung zufolge eine dauerhafte oder zeitweise Integration in den Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger Abkehr von rechtsextremen Bezügen gelungen. Aufgrund der Tatsache, dass Form, Dauer und Erfolg verschiedener Beratungsleistungen nicht einheitlich definiert sind, muss die Erfolgsrate allerdings unter Vorbehalt betrachtet werden.

(3) Deradikalisierung: Die hier behandelten Maßnahmen zur Deradikalisierung verfolgen das Ziel über Gruppen- und Individualbetreuung Teilnehmer zu befähigen sich von menschenverachtenden Ideologien und Handlungen zu distanzieren und durch eine Erweiterung von Kompetenzen und Handlungsfähigkeiten ein dauerhaft straffreies Leben zu ermöglichen. Zum Ansatz Deradikalisierung ließen sich drei aufeinander aufbauende Evaluationsberichte einer Maßnahme recherchieren. Die Untersuchung von Lukas (2012) liefert vage Anhaltspunkte zu kriminalpräventiven Effekten: Für 188 Maßnahmeteilnehmer mit rechtsextremem bzw. islamistischem Straftathintergrund ergibt die Auswertung von Rückfalldaten aus dem Bundeszentralregister, dass insgesamt 98 (52,1 %) Teilnehmer rückfällig wurden, davon 39,8 % mit einem erneuten Gewaltdelikt und 60,2 % mit einer anderen Straftat. 58 (30,9 %) Teilnehmer wurden erneut inhaftiert. Der Autor erhärtet seine Befunde durch einen Vergleich der Rückfalluntersuchungen aus Vorgängerstudien, in denen wesentlich höhere Raten festgestellt wurden (75 %). Er macht jedoch deutlich, dass wesentliche Einflussfaktoren wie unterschiedliche familiäre Unterstützungssysteme, soziale Lebensumstände sowie Integrationsmöglichkeiten in Ausbildung oder Beschäftigung im Rahmen der Ex-post-Untersuchung nicht kontrolliert werden konnten. Somit ist nach jetzigem Erkenntnisstand auch in Bezug auf den Ansatz der Deradikalisierung kein eindeutiger Nachweis präventiver Effekte möglich.

(4) Multiplikatorenschulungen stellen einen indirekten Präventionsansatz dar (Johansson 2012, S. 3). Über Vermittler bzw. Multiplikatoren verfolgen entsprechende Maßnahmen das Ziel, das soziale bzw. gesellschaftliche Umfeld von Risikozielgruppen zu beeinflussen. In der Extremismusprävention sind sie ein besonders verbreiteter Ansatz (Gruber & Lützing 2017, S. 14). Ihren inhaltlichen Schwerpunkt haben sie vor allem in den Bereichen der Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit. Darüber hinaus werden sie auch genutzt, um einen Zugang zu schwer erreichbaren Zielgruppen zu schaffen. Im Zusammenhang mit Multiplikatorenschulungen liegt eine bilanzierende Evaluation von Möller et al. (2016) vor, die eine Schulungsmaßnahme für Fachkräfte der Sozialen Arbeit untersucht. Ziel der Maßnahme ist maßgeblich die Erhöhung der Handlungssicherheit von Fachkräften im Umgang mit rechtsextrem geprägten Klienten. Die Bewertungen der Teilnehmer fielen laut Angabe der Evaluatoren dabei durchweg positiv aus. Die Autoren untermauern dieses Ergebnis allerdings lediglich durch Teilnehmerbefragungen. Die Untersuchung lässt offen, wie sich der berichtete Zugewinn an Handlungskompetenz der Fachkräfte in der Praxis manifestiert.

(5) Soziale Trainingskurse sollen durch ein gruppenbasiertes Training zum Aufbau sozialer Kompetenzen bzw. zum Abbau von Kompetenzdefiziten beitragen. Die entsprechenden Evaluationen untersuchen Trainingsformate, die beabsichtigen, Bewusstsein über Vorurteile anzuregen sowie aggressive Verhaltensweisen zu beeinflussen und somit (erneutem) strafbarem Verhalten vorzubeugen. Hierzu liegen zwei bilanzierende Untersuchungen vor. Der von der GESOMED (2004) veröffentlichte Bericht über einen entsprechenden Trainingskurs kommt zu dem

Ergebnis, dass der Kurs im Allgemeinen gewaltbefürwortende Einstellungen reduziert. Bei Förder- und Hauptschülern liefert die Evaluation jedoch Hinweise, dass keine oder sogar negative Effekte aufgetreten sind. Neumann (2005) untersucht die Wirkung eines Sozialen Trainingskurses mithilfe eines Kontrollgruppenvergleichs und stellt fest, dass die berücksichtigte Maßnahme bei rechtsextrem motivierten Straftätern zum Abbau von aggressionsbefürwortenden und vorurteilsbelasteten Einstellungen beiträgt. Ein kausaler Nachweis dieser Wirkungen ist aufgrund der selektiven Auswahl der Studienteilnehmer sowie der nicht-randomisierten Versuchsgruppenzuordnung jedoch nicht möglich.

Ergebnisse in Bezug auf die Evaluationspraxis

Im Folgenden werden die berücksichtigten Evaluationen vor dem Hintergrund der im Informationsportal WESPE zugrunde gelegten Kriterien erörtert.

(1) Ziele der Studien: Eine Evaluation, die ihre Untersuchungsziele und die Methoden zu deren Überprüfung klar benennt, kann auch zu klaren Ergebnissen kommen. Die berücksichtigten Evaluationen benennen grundsätzlich klare Untersuchungsziele, die sie als verbesserungsorientierten und/oder bilanzierenden Evaluationstyp kennzeichnen. Fünf Evaluationen sind verbesserungsorientiert angelegt. Indem sie beispielsweise ein Maßnahmenkonzept und dessen Umsetzung untersuchen, klären sie Bedarfe für Umsteuerungsprozesse, Strategiewechsel bei der Zielgruppenansprache und ermöglichen damit verbundene konzeptionelle Feinanpassungen. Bei weiteren sieben Evaluationen handelt es sich um bilanzierende Untersuchungen, die beispielsweise Veränderungen in den von der Maßnahme definierten Zielgruppen untersuchen. Nicht in allen Fällen wird in den Studien hingegen transparent gemacht, mittels welcher Methoden die Zielsetzungen untersucht werden sollen.

(2) Eignung des methodischen Zugangs: Die Qualität des methodischen Zugangs bemisst sich danach, wie gut das gewählte Studiendesign die zugrunde gelegte Untersuchungsfrage beantworten kann. In allen Beiträgen finden Designs Verwendung, die für die jeweiligen Untersuchungsziele grundsätzlich geeignet erscheinen. Prozessverbesserungsevaluationen bedienen sich zumeist eines qualitativen Untersuchungsdesigns unter Berücksichtigung von Projektunterlagen und Interviewergebnissen. In Prozessbilanzierungsevaluationen finden neben qualitativen auch quantitative Methoden der deskriptiven Statistik Verwendung. Die einzige Wirkungsuntersuchung basiert auf einem Kontrollgruppendesign und erfüllt damit eine wichtige methodische Grundbedingung für Kausalschlüsse, allerdings ist ein Nachweis der Wirksamkeit aufgrund der fehlenden Zufallszuweisung in Versuchs- und Kontrollgruppe nicht möglich.

(3) Theoretische Grundlagen: Die überwiegende Anzahl von Evaluationen ($n = 9$) benennt zumindest rudimentäre theoretische Annahmen über die Wirkungsweise der untersuchten Präventionsmaßnahme, doch wird selten ein ausreichender Bezug zu deren empirischer Überprüfung hergestellt. Dies mag daran liegen, dass Prozessevaluationen in erster Linie an Programm-beteiligte adressiert sind, keine breite Veröffentlichung geplant ist und deshalb eine theoretische Verortung der untersuchten Maßnahmen vielfach vernachlässigt wird. Gerade bei der Untersuchung von Modellprojekten ist in diesen Fällen jedoch schwer nachzuvollziehen, aufgrund welcher Überlegungen die gewählte innovative Zielsetzung, Vorgehensweise oder Methode

gewählt wurde und warum diese aus Sicht der Projektverantwortlichen gegenüber alternativen Vorgehensweisen als überlegen angesehen wird. Nicht zuletzt ist dies auch auf einen Mangel an etablierten Theorien auf dem Gebiet der Deradikalisierung zurückzuführen (Aumüller 2014, S. 142). Während selektive Maßnahmen noch auf theoretische Modelle interdisziplinärer Forschung zu Radikalisierungsprozessen zurückgreifen können, ist der theoretische Kenntnisstand in Bezug auf Maßnahmen, die eine Umkehrung dieser Prozesse befördern sollen, unverhältnismäßig niedrig (Möller & Schumacher 2007, S. 70). Im Fall der Wirkungsuntersuchung werden in Anlehnung an die sozialpsychologische Intergruppenforschung Wirkungsannahmen als Hypothesen formuliert, operationalisiert und damit überprüfbar gemacht (Neumann 2005).

(4) Mess- und Konstruktvalidität: Ergebnisorientierte Evaluationen basieren auf Indikatoren, um den Grad der Zielerreichung von Präventionsmaßnahmen zu messen. Die Auswahl geeigneter Indikatoren fußt dabei auf theoretischen oder empirischen Gesichtspunkten. In der selektiven und indizierten Rechtsextremismusprävention werden meist Indikatoren zugrunde gelegt, die eine Veränderung von Einstellungen (indirekt messbare, latente Merkmale, z.B. Gewaltbereitschaft) und/oder von Verhalten (direkt messbare, manifeste Merkmale, z.B. Begehung von Straftaten) ermitteln.

Studien, die ausschließlich latente Merkmale berücksichtigen, benutzen für die Analyse mindestens zwei Konstrukte. Gulbins et al. (2007) arbeiten mit den Konstrukten „Rechtsextremismus“ und „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ und somit mit bewährten Instrumenten. Die Studie enthält jedoch keine Informationen zur konkreten Operationalisierung und auch keine Verweise darauf, wodurch sich das Vorgehen einer weiteren Bewertung entzieht. Die von der GESOMED (2004) zugrunde gelegten Konstrukte „gewaltbefürwortende Einstellungen“ sowie „interne und externe Kontrollüberzeugungen“ sind grundsätzlich geeignet, um die Projektziele zu untersuchen. Auch Neumann (2005) greift auf Skalen zurück, die entlang diverser Dimensionen die Konstrukte „Aggression“ und „Vorurteile“ messen; zudem weist er deren Reliabilität durch angebrachte Tests nach. Ein eindeutiger Zusammenhang der verwendeten Konstrukte mit rechtsextremen Einstellungen wird in den beiden zuletzt genannten Studien nicht hergestellt. Eine Veränderung von „Aggressionen“ oder von „Vorurteilen“ lässt daher nicht eindeutig auf den Grad der Veränderung rechtsextremer Denkweisen schließen.

Auch wenn Studien die Wirkung der untersuchten Maßnahme an manifesten Variablen festmachen, hängt die Reichweite der Wirkungsaussagen stark von der Qualität der gewählten Indikatoren ab. Lukas (2012) stützt seine Analysen beispielsweise auf Informationen aus dem Bundeszentralregister (BZR). Daten aus dem BZR stellen grundsätzlich einen aussagekräftigen Indikator dar, da sie Rückfälligkeit anzeigen. Allerdings eignet sich der Indikator nur für eine Analyse der Straffälligkeit im Hellfeld und ist lediglich für indizierte Maßnahmen relevant. Darüber hinaus weist er einige Schwächen auf: Gesetzlich vorgegebene Lösungsfristen, ungenaue Angaben zu Deliktart und -schwere und fehlende personenbezogene Angaben (beispielsweise Auswanderung, Abschiebung, Tod) können zu analytischen Verzerrungen führen und die Aussagekraft von Rückfallstatistiken mindern (Coester et al. 2017, Heinz 2014). Eine alternative Möglichkeit Verhaltensänderungen zu erfassen besteht darin, Einschätzungen Dritter (z.B. Sicherheitsbehörden, Justiz) etwa zum Delinquenzverhalten (Möller et al. 2015) von Teilnehmern einzuholen. Auf diesem Weg kann das Problem umgangen werden, dass Projektteilnehmer sozial erwünscht

antworten oder die Auskunft verweigern. Hier ist allerdings zu beachten, dass die Zuverlässigkeit der Messgröße unter anderem vom Erinnerungsvermögen der Befragungsteilnehmer abhängt. Möller et al. (2015) überprüfen neben der berichteten Delinquenz zusätzlich den Erfolg eines Szeneausstiegs. Die Autoren weisen jedoch darauf hin, dass ein auf einer Fremdeinschätzung basierender Indikator starke intersubjektive Verzerrungen nach sich zieht, sofern er keiner konkreten Operationalisierung unterliegt. Becker et al. (2014) operationalisieren einen Szeneausstieg beispielsweise dadurch, dass Maßnahmeteilnehmer auf das Tragen szenetypischer Kleidung verzichten.

(5) Nachweis präventiver Effekte (interne Validität): Das Kriterium der internen Validität bewertet, inwieweit eine ermittelte Veränderung oder Wirkung tatsächlich auf eine bestimmte Maßnahme zurückzuführen ist. Grundsätzlich ist damit die Herausforderung verbunden, Störfaktoren z.B. in Form von Alternativerklärungen oder anderen Einflussfaktoren und eine durch sie bedingte Verzerrung der ermittelten Effekte weitestgehend auszuschließen. Als ideales Design gilt der randomisierte Prä-post-Kontrollgruppenvergleich - eine zufällige Zuweisung der Teilnehmer in Experimental- und Kontrollgruppe mit einem Erhebungszeitpunkt vor und nach Durchführung einer Maßnahme (Bortz & Döring 2006). Von besonderer Bedeutung für die Aussagekraft eines solchen Untersuchungsdesigns ist, dass sich die Mitglieder der Maßnahme- und Kontrollgruppe im Hinblick auf personenspezifische Merkmale (Alter, Geschlecht, Bildungsgrad oder Ähnliches) sowie im Hinblick auf den Erfolgsindikator (Straffälligkeit, Einstellungen etc.) im Vorfeld nicht voneinander unterscheiden. Die Ähnlichkeit der Teilnehmer soll üblicherweise durch eine zufällige Zuweisung (Randomisierung) in Maßnahme- und Kontrollgruppe sichergestellt werden. Jedoch lässt sich eine solche randomisierte Gruppenzuweisung im Kontext der Rechtsextremismusprävention aus ethischen und forschungspraktischen Gründen häufig nicht realisieren. Eine praxistauglichere Alternative stellen quasi-experimentelle Designs dar, welche auf die Zufallszuweisung in Gruppen verzichten. Die dadurch beeinträchtigte Vergleichbarkeit der Experimental- und Kontrollgruppe kann im Anschluss durch Methoden wie Matchingverfahren unter bestimmten Bedingungen wiederhergestellt werden.

Verschiedenen Evaluationen liegen mindestens zwei Erhebungszeitpunkte sowie ein Kontrollgruppenvergleich zugrunde. Dabei kommen zwei unterschiedliche Herangehensweisen hinsichtlich der Gruppenkonstruktion zur Anwendung. Die GESOMED (2004) bildet auf Grundlage zweier repräsentativer Studien aus den Jahren 1995 und 1996 eine Vergleichsgruppe, indem Informationen aus beiden Datensätzen extrahiert werden. Das ist kritisch zu bewerten, denn zum einen ist der zeitliche Abstand der Vergleichsuntersuchungen zur Evaluation von sechs bis acht Jahren bedenklich, zum anderen lassen sich Personen der Allgemeinbevölkerung nur schwer mit Zielgruppen der selektiven/indizierten Prävention vergleichen, sodass Niveauunterschiede z.B. in der Gewaltbereitschaft zwischen den Gruppen zu erwarten sind. Demgegenüber setzt Neumann (2005) bei der Untersuchung einer indizierten Präventionsmaßnahme auf eine Kontrollgruppe des gleichen Kontextes: Die Kontrollgruppe bilden Insassen, die an üblichen pädagogischen Maßnahmen der Jugendarrestanstalt teilnahmen und hauptsächlich durch Bildungsdefizite auffielen. Der Autor bemängelt jedoch die Vergleichbarkeit der Experimental- und Kontrollgruppe. Somit lassen sich auch hier keine kausalen Schlüsse ziehen, da die Experimentalgruppe ausschließlich aus Rechtsextremen besteht und sich bereits zum ersten

Messzeitpunkt systematisch von der Kontrollgruppe unterscheidet. Die Aussagekraft der Effektstärken leidet in diesem Fall schließlich unter dem geringen Stichprobenumfang der einzelnen Vergleichsgruppen (TG1: n = 13, TG2: n = 13, KG: n = 14).

(6) Übertragbarkeit (externe Validität): Vorzugsweise sollen Maßnahmen jenseits spezieller Rahmenbedingungen auch bei Nicht-Studienteilnehmern eine positive Wirkung erzielen. Die externe Validität ist das Gütekriterium, das den Grad der Übertragbarkeit von Analyseergebnissen auf eine zu bestimmende Grundgesamtheit einschätzt. Um eine solche Generalisierbarkeit zu erreichen, ist vor der Intervention zunächst die Grundgesamtheit zu bestimmen und darauf aufbauend eine Zufallsstichprobe zu ziehen (Bortz & Döring 2006). Die zufällige Auswahl führt zur Berücksichtigung aller Merkmale und entsprechender Merkmalskombinationen der Grundgesamtheit (Kromrey & Strübing 2009, S. 261 ff.). Dieser ideale Ablauf ist in Evaluationen von Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus aufgrund von evaluationspraktischen Hindernissen allerdings vielfach schwer zu realisieren.

Keine der hier im Bericht betrachteten Studien greift auf ein Stichprobenverfahren zurück, das es erlaubt, die Untersuchungsergebnisse auf eine entsprechende Grundgesamtheit zu übertragen; die Ergebnisse gelten nur für die jeweiligen Maßnahmeteilnehmer. Evaluationen nehmen in der Regel Projekte in den Blick, die raum- und kontextgebunden auf eine bestimmte Zielgruppe zugeschnitten sind (z.B. der Thüringer Beratungsdienst (Rieker 2009)). Präventionsmaßnahmen in diesem Format sind aufgrund ihrer spezifischen Angebotsstruktur schwer auf andere Kontexte zu übertragen. Es tritt jedoch auch der Fall auf, dass Träger auf entwickelten Programmen basierende Maßnahmen in speziellen Kontexten durchführen (z.B. in einer Jugendarrestanstalt (Neumann 2005)).

(7) Qualität der Datenauswertung: Eine transparente Darstellung der Datenauswertung erhöht die Nachvollziehbarkeit der Untersuchungsergebnisse. Der Anspruch an eine an wissenschaftlichen Standards orientierte Dokumentation wird in den hier berücksichtigten Studien nicht immer erfüllt und die Auswertungen sind aus wissenschaftlicher Perspektive mitunter lückenhaft. Dies erleichtert womöglich einem breiteren Adressatenkreis die Lesbarkeit von Evaluationsberichten, befriedigt aber keine tiefergehenden Interessen an den Untersuchungsergebnissen. Nicht zuletzt leidet darunter die Möglichkeit Untersuchungsergebnisse adäquat bewerten zu können.

(8) Ergebnisinterpretation und Interessenkonflikte: Sowohl eine unkritische Ergebnisinterpretation als auch Interessenkonflikte können die Darstellung der Untersuchungsergebnisse verzerren und damit einer Reflexion und Weiterentwicklung von Maßnahmen entgegenstehen. Zudem erschwert der Verzicht auf die Benennung kritischer Aspekte einer Maßnahme die Entwicklung einer offenen Fehlerkultur im Arbeitsfeld der Rechtsextremismusprävention. An anderer Stelle wurde auf den Legitimationsdruck hingewiesen, den sowohl die kurzfristige Förderlogik als auch die periodisch aufgeheizten gesellschaftlichen Debatten über Projekte zur Rechtsextremismusprävention erzeugen (Blohme & Manthe 2014, S. 4). Aufgrund dieses Klimas seien Projekte beinahe „zum Erfolg verdammt“ (ebd., S. 4). Ein Umgang mit Schwächen ist bisher eher die Ausnahme als die Regel. Vor diesem Hintergrund ist positiv hervorzuheben, dass die hier einbezogenen Evaluationen in aller Regel von externen und unabhängigen Einrichtungen

oder Wissenschaftlern durchgeführt werden. In einigen Fällen fehlt jedoch eine über die Ergebnisdarstellung hinausgehende kritische Auseinandersetzung mit den Einschränkungen der Untersuchung sowie mit Widersprüchlichkeiten von Untersuchungsergebnissen. Ergebnisberichte erscheinen in einigen Fällen selektiv auf positive Befunde fokussiert. Zudem wird nicht selten auch dort Wirksamkeit bescheinigt, wo die methodischen Voraussetzungen von Evaluationen derlei Schlüsse nicht zulassen.

Ergebnisse zu Gelingensbedingungen und Entwicklungsbedarfen in der Präventionsarbeit

Wenngleich die weitgehend prozessorientierten Evaluationen keine Aussagen zur kriminalpräventiven Wirkung der Maßnahmen zulassen, können sie dennoch wichtige Erkenntnisse zu Gelingensbedingungen und Entwicklungsbedarfen der Präventionsarbeit liefern. Zudem werden Informationen gewonnen und Empfehlungen ausgesprochen, die von praktischer Relevanz für die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung von Präventionsprojekten sind. Praxisrelevante Empfehlungen aus den einbezogenen Evaluationen werden im Folgenden vorgestellt.

(1) Einbindung in die kommunale und regionale Präventionsstrategie: Aumüller und Narr (2011) thematisieren vor dem Hintergrund einer formativen Modellprojektevaluation, wie Projekte akteurübergreifend sowohl ihre Prozesse verbessern als auch gesellschaftliche Impact-Faktoren gezielter beeinflussen können. Sie raten Programmverantwortlichen bereits vor Projektbeginn kommunale und regionale Akteure in die Prozesse der Förderentscheidungen und Umsetzung einzubeziehen. Präventionsstrategien und formale Kooperationsvereinbarungen könnten den Grad an Verbindlichkeit erhöhen, einer Abgrenzung von Rollenverständnissen und Kompetenzen dienen und damit zu einer Klärung der Arbeitsteilung beitragen. Ein vernetztes Arbeiten mit relevanten Kooperationspartnern (Jugendhilfe, Ausbildungsbetrieben, Polizei etc.) vor Ort erhöhe zudem die Chance, dass ein Projekt sich zu einem anerkannten Ansprechpartner entwickeln könne und somit auch Zielgruppenzugänge erhalte. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren könne darüber hinaus die Finanzierung der Maßnahme über kommunale Mittel oder Landesmittel sichern. In Verbindung mit Modellprogrammen empfehle sich daher eine Vorab-Analyse zu den strukturellen Bedingungen im Einzugsbereich der Maßnahme (Becker et al. 2014).

(2) Inhaltliche Gestaltung von Maßnahmen: Während im Bereich der Frühprävention Maßnahmen zur Vorbeugung ungewollter Entwicklungsverläufe bereits erforscht sind, fehlen in Bezug auf das Erwachsenenalter entwicklungsorientierte Erkenntnisse zur Verfestigung oder Abkehr von rechtsextremem Verhalten und Einstellungsmustern (Beelmann 2017). Dies erschwert insbesondere die theoretische Fundierung der Konzeption von selektiven und indizierten Präventionsmaßnahmen. Entsprechend verweisen Becker et al. (2014) bei Ausstiegshilfeprojekten auf die Notwendigkeit einer stärkeren Konzeptualisierung der Individualbetreuung. Auch Möller et al. (2015) empfehlen ein methodischeres Vorgehen, das sich an Instrumenten zur Diagnose und Prognose von individuellen Entwicklungen orientieren sollte. Präventionsmaßnahmen im Rahmen der Aufsuchenden Arbeit sollten neben Alltagshilfen auch die politische Auseinandersetzung mit den Klienten nicht vernachlässigen (Gulbins et al. 2007). Eine Kombination von kognitiven und affektiven Zielstellungen sorgt nach Neumann (2005) auch im Rahmen von Sozialen

Trainingskursen für eine nachhaltigere Wirkung bei den Teilnehmern. Dabei sind Lukas (2006) zufolge Methoden besonders erfolgversprechend, die (1) die Vermittlung von Selbsteinsichten und Reflexion fördern, (2) dialogisch angelegt sind und (3) den Zuwachs an sozialen Kompetenzen ermöglichen.

(3) Schärfung geeigneter Erfolgsindikatoren: Erfolgsindikatoren können Transparenz sowohl innerhalb des Projekts als auch den Teilnehmern gegenüber schaffen (Gulbins et al. 2007). Je nach Zielstellung des Projekts können neben individuellen Effekten auch Effekte auf institutioneller Ebene (wie z.B. die Vernetzung mit anderen Akteuren) Berücksichtigung finden (Möller & Neuscheler 2016). Ein realistischer Zeitraum zur Zielerreichung muss ebenso Beachtung finden. So macht Rieker (2012) darauf aufmerksam, dass sichtbare Ergebnisse von Ausstiegshilfen bis zu drei Jahren in Anspruch nehmen können; Erfolge seien zunächst nicht auf der Einstellungsebene, sondern vielmehr durch Distanz zu rechtsextremer Symbolik (Kleidung, Musik, einschlägige Tätowierung etc.) sowie durch Aufnahme von Beziehungen außerhalb der Szene zu erkennen. Werden vor Maßnahmenstart weder Zielindikatoren noch geeignete Operationalisierungen festgelegt, kann sich dies zu gravierenden Steuerungsproblemen auswachsen (Becker et al. 2014).

(4) Zielgruppenansprache: Das Erreichen der Zielgruppe ist erfahrungsgemäß dann erschwert, wenn sich rechtsextreme Orientierungen bereits ausgeprägt haben (Rieker 2009, S. 172). Um die Kernzielgruppe besser erreichen zu können, empfiehlt Rieker (2012) einer proaktiven Zugangs- und Werbungsphase sowie dem Abbau von Hürden bei der Kontaktaufnahme mehr Beachtung zu schenken. Ein zusätzliches Problem selektiver Präventionsmaßnahmen kann die Ausweitung der Zielgruppe und der Leistungen auf Angehörige, Fachkräfte, Behörden, zivilgesellschaftliche Akteure etc. darstellen (Becker et al. 2014). Insbesondere Ausstiegshilfeprojekte sind häufig zielgruppenübergreifend ausgerichtet. Die Zielstellungen und Zielgruppen der Projekte sollten dabei jedoch klar definiert und abgegrenzt sein (Rieker 2012), da auf potentielle Nutzer von Präventionshilfen die Ziele und Angebote eines Projekts im Einzelfall ansonsten unverständlich wirken könnten (Palloks & Steil 2014). Darüber hinaus besteht bei unzureichender Zielgruppendefinition die Gefahr, dass personelle oder finanzielle Ressourcen überstrapaziert werden (Rieker 2012).

(5) Das Prinzip der freiwilligen Teilnahme: Ambivalent schätzen die Evaluationen das Prinzip der Freiwilligkeit der Teilnahme an Präventionsmaßnahmen ein. Lukas & Lukas (2007) sehen darin ein wichtiges Erfolgskriterium. Es folge einer humanistischen Pädagogik und vermittele den Teilnehmern Anerkennung und Wertschätzung. Die geringe Abbruchquote in den VPN-Trainingskursen sei hierfür ein Indiz. Auch Aussteigerprogramme erheben die Eigenmotivation von Teilnehmern nicht selten zum Aufnahmekriterium (Möller et al. 2015). Rieker (2012) kommt in der Evaluation des Thüringer Beratungsprogramms jedoch zu dem Schluss, dass Freiwilligkeit nicht in allen Phasen der Maßnahme sinnvoll sein muss. Die Teilnahme an verpflichtenden Maßnahmen kann zu Beginn eines Ausstiegsprozesses stehen und zur Anregung der Eigenmotivation genutzt werden. Hinreichend motivierten Teilnehmern kann im Anschluss der Zugang zu freiwilligen Beratungsmaßnahmen freigestellt werden (Rieker 2009, S. 171 f.).

(6) Fachlichkeit und Professionalität der Mitarbeiter: Bereits seit Umsetzung des ersten Bundesprogramms wird der Grad der Professionalisierung der Mitarbeiter zur Umsetzung der Konzepte kritisiert. Es mangle an fachspezifischen Kompetenzen zur Erreichung der Ziele (Scherr 2014, S. 10). Dabei hängt die Entwicklung von Qualitätsstandards in der Präventionsarbeit maßgeblich mit der Qualifizierung der Projektmitarbeiter zusammen. Die Qualität der Arbeit müsse durch fortlaufende Weiterbildungen gesichert werden (Aumüller & Narr 2011). Dies könne auch Indikator einer guten Präventionsarbeit sein (ebd., S. 28). Weil die Tragfähigkeit der Beziehung zwischen Projektmitarbeitern und Teilnehmern häufig ein zentrales Erfolgskriterium von Maßnahmen darstellt, müssten zudem die Fähigkeiten der Mitarbeiter und der Arbeitskontext geeignete Grundlagen hierfür bieten (Lukas 2006). Ferner könne sich ein multiprofessioneller Hintergrund aus Psychologen, Sozialarbeitern, Pädagogen und anderen in der Projektarbeit als besonders förderlich herausstellen (Möller et al. 2015).

(7) Übergangmanagement und Nachhaltigkeit: Vor allem vor dem Hintergrund zeitlich befristeter Förderprogramme stellt sich die Frage der Nachhaltigkeit von Präventionsmaßnahmen als besonders heikel dar (Becker et al. 2014). Aber auch im Rahmen eines Alltagstransfers von relativ kurzfristig angelegten Interventionen (z.B. Sozialen Trainingskursen) oder beim Übergang zwischen verschiedenen Kontexten ist die Nachhaltigkeit von Projekten zu überprüfen. Im Zusammenhang mit indizierten Präventionsmaßnahmen gilt insbesondere der Übergang von der Haft in die Freiheit als eine kritische Bewährungsphase. Maßnahmen, die wie das Stabilisierungscoaching des Trägers VPN über die Haftzeit hinaus Betreuung leisten, setzen an diesem Problem an. Palloks und Steil (2014) empfehlen darüber hinaus eine vernetzte Arbeitsweise und eine koordinierte Informationsweitergabe an Akteure, die die Betreuung nach der Entlassung oder nach dem Auslaufen der Maßnahme übernehmen.

4. Ausblick

Angesichts der großen Anzahl von Projekten im Bereich der Rechtsextremismusprävention sind nur wenige Evaluationen selektiver und indizierter Präventionsmaßnahmen zu ermitteln. Nahezu ausnahmslos handelt sich dabei um Prozessevaluationen, die mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen auf die Verbesserung oder Bilanzierung von Maßnahmen gerichtet waren. Nur eine der zwölf untersuchten Studien hatte die Ermittlung von Projektwirkungen zum Gegenstand.

Es ist mit Blick auf das Präventionsfeld zu konstatieren, dass viele Projekte entstanden sind und gefördert werden, zugleich aber wenig geforscht und evaluiert wird (Matt 2018, S. 19). Es stellt sich daher die Frage, ob mit dieser Förderung die richtigen Dinge getan werden. Inwieweit gelingt es Projekten Maßnahmen zu entwickeln, die antidemokratische Tendenzen und extremistische Einstellungen einzudämmen helfen? Auch stellt sich die Frage, wie solche Programme und Projekte optimiert werden können. Evaluationen müssen versuchen auf diese Fragen Antworten zu finden (Strobl et al. 2012, S. 8).

Die dargestellten Untersuchungsergebnisse zu Evaluationen von Projekten der Rechtsextremismusprävention illustrieren, dass Evaluatoren in diesem Handlungsfeld mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert sind. Einige dieser in der Evaluationspraxis auftretenden Probleme werden im Folgenden kurz beleuchtet und Möglichkeiten zu deren Lösung aufgezeigt.

Kausalität: Ein belastbarer Nachweis kausaler Präventionseffekte erweist sich in der Evaluationspraxis als schwer zu realisieren. Ideale Untersuchungsdesigns mit einer zufälligen Zuteilung von Personen in Untersuchungs- und Kontrollgruppen sind in der Projektpraxis insbesondere der selektiven und indizierten Prävention kaum umzusetzen. Entscheidungen zur Aufnahme in solche Projekte erfolgen nicht zufällig, sondern orientieren sich an konkreten Bedarfen der Teilnehmer.

Um dennoch eine möglichst hohe Belastbarkeit der Untersuchungsergebnisse zu erzielen, bieten sich ein quasi-experimentelles Untersuchungsdesign sowie die anschließende Anwendung sogenannter Matchingverfahren an, um die Vergleichbarkeit von Teilnehmern der Untersuchungs- und Kontrollgruppen zu gewährleisten (Keßler & Rettenberger 2017). Durch das Matching werden Personen identifiziert und in die Analyse einbezogen, die den Untersuchungsteilnehmern im Hinblick auf relevante Merkmale (wie Alter, Geschlecht, Bildungsgrad oder bestimmte Einstellungen) möglichst ähnlich sind.

Zudem raten Widmer und Hirschi (2007) dazu, Daten zu mindestens zwei weiteren Messzeitpunkten nach drei und zwölf Monaten zu sammeln, um neben einer kurzfristigen auch eine langfristige Wirkung der Maßnahme nachweisen zu können.

Evaluationsgegenstand: Maßnahmen der Extremismusprävention sind darauf gerichtet, das Verhalten (manifeste Merkmale) und/oder Einstellungen (latente Merkmale) in bestimmten Zielgruppen zu beeinflussen. Es stellt sich daher die Frage, woran der Erfolg von Maßnahmen festgemacht werden sollte. Insgesamt ist festzuhalten, dass Wirkungsuntersuchungen auf alleini-

ger Basis von latenten Merkmalen das Phänomen Rechtsextremismus nicht hinreichend erfassen. Aber auch Studien, welche die Wirkung einzig an manifesten Variablen belegen, zeigen nur strafbare oder kriminalitätsbefördernde Handlungen auf und bilden damit lediglich Teilaspekte des Phänomens ab.

Empfehlenswert sind daher die gleichzeitige Erhebung und Verwertung von latenten und manifesten Variablen, um die Komplexität des Phänomens besser abzubilden und eine Zuordnung von Verhalten zum Rechtsextremismus zu ermöglichen (Widmer & Hirschi 2007). Aktuelle Forschung aus der Schweiz hat vielversprechende Indikatoren zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen entwickelt, deren Verwendung eine mehrdimensionale Erfassung von Rechtsextremismus ermöglicht (Manzoni et al. 2018, Ribeaud et al. 2017).

Übertragbarkeit von Untersuchungsergebnissen: Als gesicherte Erfahrung gilt, dass Maßnahmen gegen Rechtsextremismus insbesondere im indizierten Bereich hochgradig einzelfallbezogen, also in einem hohen Maße von konkreten Kontextbedingungen und den teilnehmenden Akteuren abhängig sind (Matt 2018, S. 19). Maßnahmen können beispielsweise abhängig vom Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, dem sozialen Umfeld oder von der politischen Grundhaltung der Teilnehmer unterschiedliche Wirkungen entfalten. Infolgedessen sind solche Maßnahmen in Form sozialer Interaktionen besonders zielgruppen- und kontextabhängig. Daher ist eine Übertragung von Maßnahmen in andere Kontexte nur eingeschränkt möglich, bedarf zumindest der aufmerksamen Berücksichtigung der Implementierungsbedingungen. Zudem können Evaluationsergebnisse etwa zur Wirksamkeit einer Einzelmaßnahme nur bedingt generalisiert werden (Widmer 2012, 62), weshalb Evaluatoren die Reichweite und den Geltungsbereich ihrer Ergebnisse reflektieren und deutlich machen müssen.

Wird aber eine Generalisierbarkeit von Untersuchungsergebnissen angestrebt, sollte die Maßnahme unter verschiedenen Kontextbedingungen umgesetzt und evaluiert werden. Mit einem solchen Implementierungs- und Evaluationsvorhaben ist die Programm- oder Landesebene angesprochen, die entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen und eine entsprechende Implementierung sicherstellen muss.

Transparenz: Fragen nach der Wirksamkeit vorgelagert ist die weitgehende Intransparenz der Ziele und Konzepte von Präventionsmaßnahmen im Bereich der Extremismusprävention. Leimbach et al. (2017, S. 416) kritisieren, dass über die von Präventionsprojekten verfolgten Ziele wie auch deren konzeptionellen Grundlagen des Handelns so gut wie nichts bekannt ist. Ohne die klare Benennung von Zielen jedoch ist auch eine Bewertung der Wirksamkeit von Maßnahmen ausgeschlossen. Für die Entwicklung und Optimierung von Präventionsmaßnahmen ist des Weiteren von maßgeblicher Bedeutung, wie die angestrebten Ziele erreicht werden sollen und warum das dazu gewählte methodische Vorgehen erfolgversprechend erscheint. Auch diese konzeptionellen Grundlagen sind in der Extremismusprävention häufig intransparent und wenig differenziert (Leimbach et al. 2017, S. 418). Damit fehlen wesentliche Grundlagen für die systematische Entwicklung des Präventionsfeldes.

Ein gutes Anschauungsbeispiel für die theorie- und evidenzbasierte Prävention von Rechtsextremismus stellt Beelmann (2017) für den Bereich der entwicklungsorientierten Prävention vor. Auf Grundlage theoretischer Konzepte und empirischer Befunde zur Wirksamkeit von Ansätzen

in der Vorurteils- und Gewaltprävention entwickelt er Empfehlungen für erfolgversprechende Maßnahmen der Extremismusprävention bei Kindern und Jugendlichen. Dazu gehören unter anderem Maßnahmen, die positive Erfahrungen von sozialer Diversität ermöglichen, Trainings sozial-kognitiver Fertigkeiten und sozialer Kompetenzen sowie identitätsstiftende und kontaktfördernde Maßnahmen.

In den letzten Jahren sind Instrumente entwickelt worden, die es den Akteuren der Präventionspraxis ermöglichen ihre Arbeit systematisch zu reflektieren, die Transparenz von Projekten zu erhöhen und damit deren Qualität zu steigern. Ein erstes Beispiel einer solchen Arbeitshilfe ist die Handreichung zur Selbstevaluation „Mit Rückgrat gegen PAKOs!“, deren Ziel eine tragfähige konzeptionelle Fundierung von Präventionsmaßnahmen ist (Lempp et al. 2017). Praktiker werden darin unterstützt anhand von Fragestellungen und mit Hilfe von Materialien ein konzeptionell begründetes und erfolgversprechendes Angebot zu entwickeln.

Ein Handbuch für *Strukturelle Qualitätsstandards in der Interventions- und Präventionsarbeit gegen gewaltbereiten Extremismus* hat das KPEBW (2016) vorgelegt. Die Basis einer umfassenden Evaluation stellt danach die Überprüfung struktureller, organisations- und personalbezogener sowie inhaltlicher Kriterien dar. Dazu zählen etwa die notwendige Qualifikation, Erfahrung und Weiterbildung des Personals, die wissenschaftliche Fundierung zugrunde gelegter Interventionskonzepte, klar definierte Zielsetzungen, fundierte Anamneseverfahren, transparente Risikobewertungskriterien, klientenspezifische Interventionen und Maßnahmen der Qualitätssicherung (Köhler 2017, KPEBW 2016, S. 23). Ergänzend zu diesen Integritätsmaßstäben trägt eine Erhebung quantitativer Indikatoren dazu bei, die Wirkungen eines Projekts zu beziffern. Zu den relevanten quantifizierbaren Indikatoren zählen etwa die Anzahl von Kontaktaufnahmen, Rückfallquoten, Teilnehmerzahlen, Beratungsdauer und -intensität, Abbruchraten, messbare Einstellungsänderungen, die Vermittlung von Teilnehmern in Arbeitsverhältnisse und viele andere Aspekte mehr (Köhler 2017).

Mit dem Ziel einer auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden Prävention von Rechtsextremismus sind für die Akteure auf verschiedenen Ebenen spezifische Herausforderungen verbunden. Programmverantwortliche und staatliche Auftraggeber sollten gezielt solche Projekte fördern, deren Präventionskonzepte wissenschaftlich hergeleitet sind. Zudem müssen sie begleitende wirkungsorientierte Evaluationen in einem höheren Maße fordern, fördern und finanzieren als dies bisher der Fall ist. Schließlich sind Strukturen zu schaffen, um Erkenntnislücken in Bezug auf Entstehungsbedingungen von Rechtsextremismus sowie hinsichtlich der Wirksamkeit von Präventionsansätzen systematisch zu identifizieren und zu schließen. Die Wissenschaft ist aufgerufen Methoden zu entwickeln und zu vermitteln, mittels derer belastbare Aussagen zur Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen getroffen werden können. Außerdem muss die Wissenschaft den praktischen Nutzen von Evaluationen für die Weiterentwicklung von Präventionsmaßnahmen verdeutlichen und der Präventionspraxis die Furcht vor Kontrolle nehmen. Eine Aufgabe der Präventionspraxis ist es, den Mut aufzubringen ihre Arbeit dem Blick von außen zugänglich zu machen.

Anmerkungen

1 Der Bericht verwendet für die Geschlechterbezeichnungen die generische Form. Dies schließt sowohl weibliche als auch männliche Bezeichnungen mit ein.

2 www.nzkrim.de/wespe

3 Im Sprachgebrauch der Sicherheitsbehörden markiert der Begriff „extremistisch“ eine mit einer Straftat einhergehende verfassungsfeindliche Motivation. Von zivilgesellschaftlichen Opferberatungs- und Dokumentationsstellen wird jedoch diese Möglichkeit zur Ermittlung rechtsextremistischer Straftatmotive kritisch bewertet (Amadeu Antonio Stiftung 2018). Auch von wissenschaftlicher Seite wird die Praxis der Ermittlung motivationaler Bezüge problematisiert. Eine zielgerichtete Umsetzung politischer Absichten sei demnach nur in wenigen Fällen festzustellen (Feldmann et al. 2016, S. 350). Es wird gegenüber den Angaben des Verfassungsschutzes daher häufig von einer wesentlich höheren Dunkelziffer ausgegangen.

4 Rechtsextreme Einstellungen wurden bei Decker & Brähler (2006) entlang von sechs Dimensionen definiert: Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus (S. 20 f.). 2018 wurden dabei in einer deutschlandweit repräsentativen Umfrage 2.500 deutsche Staatsbürger befragt.

5 Die auf der sogenannten Konsenskonferenz 2001 von Sozialwissenschaftlern zugrunde gelegte Definition beschreibt das rechtsextreme Weltbild wie folgt: „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen [also nationalistischen] Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“ (Kiess et al. 2015, S. 9). Die in der sozialwissenschaftlichen Forschung verbreitete „Konsensdefinition“ berücksichtigt jedoch keine Verhaltensaspekte und greift damit für eine Anwendung auf die Präventionsarbeit ebenfalls zu kurz.

6 Idealtypisch lässt sich Deradikalisierungsarbeit in folgende Zielsetzungen und -erwartungen untergliedern:

- Als Deradikalisierung im engeren Sinne gilt die kognitive Abkehr von bestimmten zuvor geteilten extremistischen Einstellungen, Werten und Meinungen. Für Deradikalisierung ist eine kritische ideologische Auseinandersetzung zwingend nötig.
- Distanzierung bezeichnet die Loslösung aus einem extremistischen Umfeld bzw. aus einer extremistischen Gruppe.
- Der Begriff Demobilisierung kennzeichnet den Verzicht auf Gewalt zu politischen oder religiösen Zwecken. Erfolgreiche Demobilisierung manifestiert sich darin, dass von den betroffenen Personen keine Straftaten aus extremistischen Motiven mehr begangen werden.

- Mit dem Begriff (Re-)Integration wird die Stabilisierung der sozialen Verhältnisse (Hilfe bei der Wohnungssuche, Zugang zum Arbeitsmarkt, Angebot von (Weiter-)Bildungsmöglichkeiten, Schuldnerberatung etc.) bezeichnet.

7 Das Sternsymbol kennzeichnet 15 Ausstiegshilfeprojekte des XENOS-Sonderprogramms „Einstieg zum Ausstieg“, die auf Grundlage einer Programmevaluation pauschal evaluiert worden sind.

8 Es deutet zum jetzigen Zeitpunkt einiges darauf hin, dass neben den gängigen Programmevaluationen nun auch vermehrt ein Augenmerk auf Projektevaluationen gelegt wird. Diese könnten den Vorteil einer fokussierten Betrachtung der Zielstellungen und Prozesse einzelner Präventionsprojekte bieten. Laut telefonischer Auskunft von Trägern und Evaluationsinstituten der Prävention befinden sich derzeit eine Vielzahl von Projektevaluationen in Arbeit. Die Ergebnisse dürften allerdings erst nach Ablauf der aktuellen Förderphase im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ nach Ende 2019 zu erwarten sein.

9 Insgesamt wurden 66 Träger, wissenschaftliche Experten und Evaluationsinstitute per E-Mail Anfrage oder Anruf zu ihrer Kenntnis über relevante Evaluationen befragt. Die Rückmeldungen ergaben 47 Antworten und 19 unbeantwortete Anfragen. Wir erhielten dadurch Kenntnis von acht Evaluationen, von denen vier die Einschlusskriterien erfüllten.

10 Die Überzahl der Maßnahmen gegenüber Evaluationsstudien kommt dadurch zustande, dass der Programmevaluation des XENOS Sonderprogramms zur Förderung von Ausstiegshilfe ein vergleichendes Design zugrunde lag, das 15 Projekte miteinbezog. Die entsprechenden Projekte sind in der Übersichtsabbildung mit einem Sternsymbol gekennzeichnet.

Literatur

- Amadeu Antonio Stiftung (2018). *Rechte Gewalt: Kein Grund zur Entwarnung*. Verfügbar unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rechte-gewalt-kein-grund-zur-entwarnung-8399/> [04.05.2018].
- Aumüller, J. (2014). *Forschung zu rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Eine Bestandsaufnahme von Ursachen, Gefährdungsfaktoren und pädagogischen Interventionen*. Verfügbar unter: <https://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/5669/forschung-zu-rechtsextrem-orientierten-jugendlichen-eine-bestandsaufnahme-von-ur.html> [04.05.2018].
- Beelmann, A. (2017). *Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena*. Verfügbar unter: <http://lpr.niedersachsen.de/html/download.cms?id=2596&datei=Gutachten-LPR+Niedersachsen-Version3.pdf> [11.02.2019].
- Blome, M. & Manthe, B. (2014). Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus – eine Erfolgsgeschichte? In M. Blome & B. Manthe (Hrsg.), *Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Prävention und Intervention auf dem Prüfstand* (S. 4-6). Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V.
- Bortz, J. & Döring, N. (2006). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler*. Heidelberg: Springer VS.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.). (2019). *Verfassungsschutzbericht 2018*. Berlin: BMI. Verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2018.pdf> [09.07.2019].
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.). (2018). *Verfassungsschutzbericht 2017*. Berlin: BMI. Verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2017.pdf> [15.02.2019].
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.). (2017). *Verfassungsschutzbericht 2016*. Berlin: BMI. Verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2016.pdf> [15.02.2019].
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.). (2016). *Verfassungsschutzbericht 2015*. Berlin: BMI. Verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2015.pdf> [15.02.2019].
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.). (2015). *Verfassungsschutzbericht 2014*. Berlin: BMI. Verfügbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2014.pdf> [15.02.2019].
- Bundesregierung (2016). *Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung*. BMFSFJ. Berlin.
- Coester, M., Kerner, H.-J., Stellmacher, J. Issmer, C. & Wagner, U. (2017). Die Evaluation des Hessischen Jugendstrafvollzugs - Hintergrund und Ergebnisse des Forschungsprojekts sowie Implikationen für die künftige Praxis und Forschung. In E. Marks & W. Steffen (Hrsg.), *Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik Diskurses: Ausgewählte Beiträge des 21. Deutschen Präventionstages 2016*. Mönchengladbach: Forum Verlag Bad Godesberg.
- Decker, O., Brähler, E. & Geißler, N. (2006). *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.
- Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B. & Brähler, E. (2018). Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Flucht ins Autoritäre* (S. 65-115). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Deutscher Bundestag (2018). *Bundesmittel zur Bekämpfung des Extremismus*. Drucksache 19/1349. Verfügbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/013/1901349.pdf> [04.05.2018].

- Dierbach, S. (2014). „Das sind keine Nazis, das sind unsere Kinder“ – Die jugendtheoretisch unterlegte Entpolitisierung der Akteur_innen rechter Gewalt als zentraler Geburtsfehler des ersten Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus. In M. Blome & B. Manthe (Hrsg.), *Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Prävention und Intervention auf dem Prüfstand* (S. 16-22). Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserarbeit e.V.
- Feldmann, D., Kopke, C. & Schultz, G. (2016). Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt in Brandenburg (1990-2008). In W. Frindte, D. Geschke, N. Haußdecker & F. Schmidtke (Hrsg.), *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“* (S. 341-358). Wiesbaden: Springer VS.
- Frindte, W., Geschke, D., Haußdecker, N. & Schmidtke, F. (2016). Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013. In W. Frindte, D. Geschke, N. Haußdecker, & F. Schmidtke (Hrsg.), *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“* (S. 25-96). Wiesbaden: Springer VS.
- Frindte W. & Preiser, S. (2007). Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11, 32-38.
- Glaser, M., Greuel, F., Johansson, S. & Münch, V. (2011). Etablierte Praxis, neue Herausforderungen. *DJI Impulse*, 94, 15-17.
- Gordon Jr, R. S. (1983). An operational classification of disease prevention. *Public health reports*, 98(2), 107-109.
- Gruber, F. & Lützing, S. (2017). *Extremismusprävention in Deutschland: Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft. Modulabschlussbericht*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt. Verfügbar unter: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2017PueG_ExtremismuspraeventionInDeutschland_Erhebung.html [27.11.2018].
- Heinz, W. (2014). *Der Erfolg jugendstrafrechtlicher Sanktionen – Was wirkt, was wirkt vielleicht, was wirkt nicht?* Verfügbar unter: <http://baden-wuerttemberg.dvji.de/sites/default/files/medien/imce/baden-wuerttemberg/documente/heinz2014.pdf> [11.02.2019].
- Heitmeyer, W. (Hrsg.). (2002-2012). *Deutsche Zustände, Folge 1-10*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Jaschke, H.-G. (2006). *Politischer Extremismus*, Wiesbaden.
- Johansson, S. (2012). *Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung in den Feldern der Pädagogik, der Beratung und Vernetzung: eine kurze Begriffseinordnung und -abgrenzung*. Berlin: BIKnetz. Verfügbar unter: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOCXLS/Wissen/Aufsatz_S._Johansson_REpraevention_final.pdf [13.07.2018].
- Keßler A. & Rettenberger, M. (2017). Die Wirksamkeit psychotherapeutischer Behandlung von Sexualstraftätern nach Entlassung aus dem Strafvollzug. *Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie*, 46 (11), 42-52. <https://doi.org/10.1026/1616-3443/a000401>
- Kiess, J., Decker, O. & Brähler, E. (2015). *Was ist rechtsextreme Einstellung, und woraus besteht sie?* Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/198945/was-ist-rechtsextreme-einstellung-und-woraus-besteht-sie> [21.07.2019].
- Koehler, D. (2017). *Understanding Deradicalization: Methods, tools and programs for countering violent extremism*. London: Routledge.
- Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen den (islamistischen) Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW) (Hrsg.). (2016). *Strukturelle Qualitätsstandards in der Interventions- und Präventionsarbeit gegen gewaltbereiten Extremismus. Ein Handbuch für Praktikerinnen, Praktiker und Koordinationsstellen sowie zivilgesellschaftliche Projektträger in Deutschland*. Stuttgart.
- Kromrey, H., & Strübing, J. (2009). *Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung* (12., überarb. und erg. Aufl.). Stuttgart: Lucius & Lucius/UTB.

- Leimbach, K., Mathiesen, A. & Meier, B. D. (2017). Prävention von Radikalisierung und extremistischer Gewalt. *Neue Kriminalpolitik*, 29, 413-423.
- Lempp, M., Möller, K., Nolde, K. & Schuhmacher, N. (2017). Mit Rückgrat gegen PAKOs! Eine Step by Step-Anleitung für die Jugendarbeit zur Gestaltung von Angeboten gegen Pauschalisierende Ablehnungskonstruktionen. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/lernen/weitere/249751/mit-rueckgrat-gegen-pakos> [22.02.2019].
- Manzoni, P., Baier, D., Haymoz, S., Isenhardt, A., Kamenowski, M. & Jacot, C. (2018). *Verbreitung extremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen unter Jugendlichen in der Schweiz*. Zürich: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
- Matt, E. (2018). De-Radikalisierung: Die Rückkehr in ein normales Leben? *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe*, 1, 19-26.
- Möller, K. (2002). *Pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze der Stärkung von Integrationspotenzialen zur Bearbeitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auf dem Hintergrund von Anerkennungszerfall und Desintegration. Erziehungs- und sozialarbeitswissenschaftliche Expertise zum Forschungsverbund: "Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft"*. Bielefeld/Esslingen.
- Möller, K. (2003). Aktuelle politische Programme und Aktivitäten der pädagogischen und sozialarbeiterischen Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit - eine kritische Zwischenbilanz. In H. L. van Berg & R. Roth (Hrsg.), *Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen* (S.27-50). Opladen: Leske + Budrich.
- Möller, K., & Schuhmacher, N. (2007). *Rechte Glatzen: Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge - Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads*, Wiesbaden: Springer VS.
- Ribeaud, D., Eisner, M. & Nivette, A. (2017). *Können gewaltbereite extremistische Einstellungen vorausgesagt werden? Forschungsmemo*. Zürich: Universität Zürich. Verfügbar unter: <http://www.media.uzh.ch/dam/jcr:41381576-3db2-4b9a-bb04-6464c538be16/Forschungsmemo.pdf> [11.02.2019].
- Rieker, P. (2009). *Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf*. Weinheim und München: Juventa.
- Roth, R. (2003). *Bürgernetzwerke gegen Rechts. Evaluierung von Aktionsprogrammen und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Bonn: Friedrich Ebert Stiftung.
- Salzborn, S. (2018). *Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Baden-Baden: Nomos.
- Scherr, A. (2014). Pädagogische Konzepte gegen Rechtsextremismus. Eine Bilanzierung der Erfahrungen. In M. Blome & B. Manthe (Hrsg.), *Zum Erfolg verdammt. Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Prävention und Intervention auf dem Prüfstand* (S. 8-15). Düsseldorf: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V.
- Schmidtke, F. (2016). Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention in den Bundesländern. Eine vergleichende Analyse der Landesstrategien. In W. Frindte, D. Geschke, N. Haußbecker & F. Schmidtke (Hrsg.), *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“: Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen* (S. 403-424). Wiesbaden: Springer VS.
- Schuhmacher, N. (2018). Ein neues Bild der Prävention? Zur Tendenz der „Versicherheitlichung“ im pädagogischen Feld. In M. Glaser, A. Frank & M. Herding (Hrsg.), *Gewaltorientierter Islamismus im Jugendalter. Perspektiven aus Jugendforschung und Jugendhilfe* (S. 158-166). Weinheim: Beltz Juventa.
- Stockmann, R. (2010). *Rolle der Evaluation in der Gesellschaft*. <http://doi.org/10.22028/D291-25624>. Verfügbar unter: https://publikationen.sulb.uni-saarland.de/bitstream/20.500.11880/25680/1/Rolle_der_Eva_in_der_Gesellschaft.pdf [02.11.2018].
- Stöss, R. (2000). *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

- Strobl, R., Lobermeier, O. & Heitmeyer W. (Hrsg.) (2012). *Evaluation von Programmen und Projekten für eine demokratische Kultur*. Wiesbaden: Springer VS.
- von Berg, H. L. & Roth, R. (Hrsg.). (2003). *Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Univation GmbH (Hrsg.). (2004). *Das A-B-C der wirkungsorientierten Evaluation*. Köln.
- Widmer, T. (2012). Wirkungsevaluation zu Maßnahmen der Demokratieförderung. In R. Strobl, O. Lobermeier & W. Heitmeyer (Hrsg.), *Evaluation von Programmen und Projekten für eine demokratische Kultur* (S. 41-68). Wiesbaden: Springer VS.
- Widmer, T. & Hirschi, C. (2007). Herausforderungen der Evaluation von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus. Verfügbar unter: https://www.seval.ch/app/uploads/2017/07/leg_20072_WidmerHirschi.pdf [02.11.2018].
- Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (2019). *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

In der Übersichtsarbeit berücksichtigte Evaluationen

- Aumüller, J. & Narr, W.-D. (2011). Zwischenbericht der wissenschaftlichen Begleitung zum XENOS-Projekt „Raus aus der Einbahnstraße“.
- Becker, C., Brunsen, H. & Einhorn, A. (2014). Evaluation des XENOS Sonderprogramms „Einstieg zum Ausstieg“. Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH.
- GESOMED (Hrsg.) (2004). Evaluation von CAT – Creative and Active Training. Bericht der Evaluation in den Jahren 2002 und 2003.
- Gulbins, G., Möller, K., Rosenbaum, D. & Stewen, I. (2007). Distanz(ierung) durch Integration. Aufsuchende Arbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen. Konzept, Praxis, Evaluation. Bremen.
- Lukas, V. (2006). Evaluation des Modellprojekts „Demokratisches und soziales Handeln als Schlüsselqualifikation für Beruf, Ausbildung und gesellschaftliche Integration“.
- Lukas, V., & Lukas, H. (2007). Evaluation des Modellprojekts „Präventive Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen in den Justizvollzugsanstalten des Landes Brandenburg“. Abschlussbericht, Berlin.
- Lukas, H. (2012). Untersuchung zur Legalbewährung der Teilnehmer an VPN-Trainingskursen im Jugendstrafvollzug. Kommentierte Kurzfassung. Berlin.
- Möller, K., Küpper, B., Buchheit, F. & Neuscheler, F. (2015) Evaluation des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten des Landes Nordrhein-Westfalen (APR NRW).
- Möller, K. & Neuscheler, F. (2016). Bericht zur Evaluation des Programms „Komment“ zum Umgang mit vorurteilsmotivierten und fremdenfeindlichen Müttern und Vätern“ in Sachsen.
- Neumann, J. (2005). Tertiäre Prävention vorurteilsbasierter Gewalt zur Evaluation des Thüringer Trainings- und Bildungsprogramms (TTB).
- Palloks, K. & Steil, A. (2014). Bericht der Evaluation/wissenschaftlichen Begleitung des Modellprojekts „Verantwortung übernehmen - Eltern stärken. Arbeit mit rechtsextrem orientierten Eltern“ (Rexel).
- Rieker, P. (2012). Abschlussbericht zur Evaluation des Thüringer Beratungsdienstes für Eltern, Kinder und Jugendliche – Ausstieg aus Rechtsextremismus und Gewalt.

